

I  
n  
f  
r  
a  
s  
t  
r  
u  
k  
t  
u  
r

Kunst  
Grünflächen  
Gesundheitssystem  
Sicherheit  
Wohnen  
Nachbarschaft  
Freiräume  
Freundschaft  
Freizeit  
Kleingärten  
Kleingewerbe  
Genossenschaft  
Tierschutz  
Bildung  
Park  
Kultur

**Kapitalradikale stoppen**

**Menschen vor Profite**



**MIETER  
PARTEI**

#WeilEinHausMehrIst

[www.mieterpartei-jetzt.de](http://www.mieterpartei-jetzt.de)

**Weil Ein Zuhause Mehr Ist**

Wahl zum 19. Berliner Abgeordnetenhaus 2021

**Wahlprogramm**

# Wahlprogramm MIETERPARTEI

## Weil Ein Zuhause Mehr Ist

Die politische Forderung nach einem bloßen Menschenrecht auf Wohnraum ist keine echte Solidarität, denn ähnlich der Anforderungen im Bereich Gesundheit und Pflege genügt es bei Weitem nicht, als Solidargemeinschaft nur zu gewährleisten, das Menschen nur „satt und sauber“ gehalten werden können. **Die Gewährleistung der rein technischen Versorgung mit vier Wänden ist zwar notwendig um eine menschenwürdige Unterbringung zu ermöglichen, ein Bürgerrecht auf Wohnen umfasst aber mehr, es insistiert den Status als gleichgestellte Bürgerin oder Bürger der verfassten Rechtsgemeinschaft angesehen zu werden.** (Quelle: Grundsatzprogramm)

Der völlige Mangel an Mut und Fantasie, eine vorausschauende Wohnungspolitik zu entwickeln und umzusetzen hat folgendes zu sagen: **Die Wohnungsfrage begrenzt sich nicht darauf, ein Dach über den Kopf zu haben. Wohnen bedeutet viel mehr: Es bedeutet nachbarschaftlicher, solidarischer Zusammenhalt der Kieze. Es bedeutet Menschen eine gute Lebensqualität zu bieten. Es bedeutet auch, kleinen und mittleren Firmen Entfaltungsmöglichkeiten zu bieten, denn die Wirtschaft besteht nicht nur aus Konzernen.** (Quelle: Adrian Mitglied Mieterpartei)

**Eine schöne Wohnung und Wohnumgebung darf kein Privileg der Wohlhabenden sein.** Gesundheit und Wohlbefinden haben auch mit der Wohnung und ihrer Umgebung zu tun. Es geht dabei:

- Die Wohnungsgröße (kein „Kaninchenstall“), Raumgestaltung, Helligkeit, Hygiene, Barrierefreiheit bei Behinderung und im Alter sind um so wichtiger, da der Anteil der Bevölkerung im Rentenalter weiter steigt.
- Die Infrastruktur im Quartier: also die ausreichende Versorgung durch Arztpraxen, Sozialstationen, Kindergärten und Spielplätze, Bildungs- und Beratungseinrichtungen, Kultur-, Freizeit- und Sportangebote, Einkaufsmöglichkeiten und Verkehrsanbindung, soziale Dienste für behinderte, kranke, alte und marginalisierte Menschen
- Die ökologischen Aspekte, die Ausstattung mit Gärten, Grünflächen, Parks, die Reduzierung des Energieverbrauchs und der Umweltbelastung, Verkehrslärm, Luftverschmutzung und die Verhinderung von „Verwahrlosung“ der Umgebung z. B. durch Abfälle.

# Wahlprogramm MIETERPARTEI

## Weil Ein Zuhause Mehr Ist

### Wohnen, Miete, Einkommen

**Wem gehört die Stadt?** - Wie wollen wir in Zukunft wohnen, wer ist der Bezirk, wer ist Berlin?

**In den letzten zehn Jahren stiegen die Mieten in Berlin um 60 Prozent, die Stadt ist deutschlandweit mit am stärksten vom Anstieg der Mieten**

**und Immobilienpreise betroffen. Gleichzeitig bleibt der Anstieg der Einkommen aus Arbeit dahinter weiter zurück. Großbesitz an Immobilien lohnt sich, Arbeit aber macht bei hohen Mieten arm.**

**Die Konsequenz: Die gewachsenen Strukturen der Kieze ändern sich radikal, kleinere Einkommen werden an die Peripherie verbannt, die "Berliner Mischung" droht Vergangenheit zu werden. Löst man die Wohnungsfrage nicht, entscheidet nur noch das Einkommen über das Wohnviertel.**

### **Bisherige Wohnungspolitische Steuerungsinstrumente *versagen oder werden nicht genutzt***

Die Berliner Stadtplanung in muss den Anforderungen an die direkte Entscheidung durch Bürgerinnen und Bürger endlich gerecht werden – Berlin ist für Alle Menschen, mit und ohne Flucht- und Migrationsgeschichte da, dass impliziert eine diskriminierungsfreie, antirassistische, marginalisierungsfreie, integrierende Stadtplanung, die die Bedürfnisse Aller Bevölkerungsschichten mit denkt –

- Mietspiegel, Mietpreisbremse, Milieuschutz, Massenunterkünfte sind nicht mehr sozial tauglich gestaltet und beinhalten zahlreichen Ausnahmen (Wohnungssanierungen, Neubauten, Umwandlung in Eigentum etc.)
- Willen der Berliner Stadtgesellschaft umsetzen – Volksentscheid der DW & Co Enteignen sofort realisieren, Klima-Volksentscheid auf die Wege bringen
- Zurück zur Gemeinnützigkeit der Landeseigenen und geförderten Wohnungen sowie der Unternehmen der Daseinsvorsorge (Energieversorgung, Wasserwirtschaft, Gesundheitswesen, Bildung, Mobilität, Facilitymanagement)



# Wahlprogramm MIETERPARTEI

## Weil Ein Zuhause Mehr Ist



### Stadtentwicklung überdenken: Bauen, Wohnen, Miete, Soziales & Gewerbe

- **Bestandsmieter\*innen schützen als Oberstes Ziel**
- **Zwangsräumungen verbieten sowie Regulierung von Eigenbedarfskündigungen**
- **Wohnraum- und Gewerberschutzgesetz wie in Hamburg oder Niedersachsen sowie Schließung der vorhandenen Schlupflöcher um ein landesweit einheitliche Steuerung zu schaffen** – (Gesetz sieht vor, dass Mietwohnungen künftig einen Mindeststandard erfüllen müssen, Verbot von Überbelegung und Zweckentfremdung, Handel mit Schrottimmobilien, Eingriffsrecht der Kommune)
- **Mieter- und Kündigungsschutz auf alle Wohnungen und Gewerbeeinheiten in Berlin bis mindestens Ende 2024 ausweiten**
- **Stopp der Spekulation durch Verhinderung von Weiterverkauf von Häusern aus spekulativen Gründen**
- Abwendungsvereinbarungen schärfen und für alle Kieze unabhängig vom Milieuschutz
- **Artikel 28 Absatz 1 der Berliner Landesverfassung sofort umsetzen** (Jeder Mensch hat das Recht auf angemessenen Wohnraum. Das Land fördert die Schaffung und Erhaltung von angemessenem Wohnraum, insbesondere für Menschen mit geringem Einkommen, sowie die Bildung von Wohnungseigentum.)
- Leerstand auf Begründung kontrollieren (Zeitliche Befristung begrenzen und Gründe einschränken) oder Zwangsverwaltung anwenden – Leerstandskataster
- Soziale Erhaltungssatzung (Mischung der Bevölkerung und Kiezstruktur) nicht für Gentrifizierung nutzen – Schutz der Bestandsmieten
- Blumenfenster rechtlich den Kastendoppelfenstern gleichgestellt in die Erhaltungsregeln aufnehmen für die Förderung durch den Senat



Zwangsräumung von Daniel verhindern!  
Mittwoch, 26. 02. 2020, 6.00 Uhr  
(3Tage vor der ersten Lockdown)  
Transvaalstraße 20, 13351 Berlin-Wedding

# **Wahlprogramm MIETERPARTEI**

## **Weil Ein Zuhause Mehr Ist**



- **Zum Erhalt der sozialen Mischung im sozialem Wohnungsbau streichen um nach Erhaltungssatzung die Fehlbelegungsabgabe streichen (Verhinderung von Gettos)**
- **Keine Ankäufe von Häusern durch Briefkastenfirmen (Steuervermeidung & Geldwäsche verhindern)**
- **Verstärkter Ankauf von Wohngebäuden und Bürogebäuden zur Umgestaltung in Wohn- und Kulturraum**
- **Gewerbedeckel bei Landeseigenen Vermieterinnen und Liegenschaften einführen (bevor Ketten in Gewerbe kommen, Berliner\*innen für Gewerbe vorziehen) – siehe auch Bundesratsinitiativen**
- **Vertragsverletzungen durch Privatisierung der GSW überprüfen (Bestand der Sozialklauseln z. Bsp. Siedlung am Steinberg**
- **Einführung einer Wohnungsbauabgabe (Hauszinssteuer) pro Wohneinheit wie in den 20-iger Jahren - für steuerfinanzierten kommunalen Wohnungsbau als staatliche Garantieleistung, die jedem Einwohner der eine Wohnung braucht auch eine angemessene Wohnung garantiert, die Steuerungsmodell über Hauszinssteuer sein**
- **Bei Abriss von Bestandsbauten eine Abgabe auf Baubeseitigung einführen wegen der Vernichtung von Grauer Energie und Neuer Verschwendung von Grauer Energie für Neubau**
- **Landeseigene Wohnungsbauunternehmen haben beim Kauf von Grundstücken und Gebäuden Vorgriffs Recht**
- **Keine Ankäufe von Häusern durch Briefkastenfirmen (Steuervermeidung & Geldwäsche verhindern)**
- **Gewerbedeckel bei Landeseigenen Vermieterinnen und Liegenschaften einführen (bevor Ketten in Gewerbe kommen, Berliner\*innen für Gewerbe vorziehen) – siehe auch Bundesratsinitiativen**
- **Vertragsverletzungen durch Privatisierung der GSW überprüfen (Bestand der Sozialklauseln z. Bsp. Siedlung am Steinberg**

# Wahlprogramm MIETERPARTEI

## Weil Ein Zuhause Mehr Ist



### Bauen - Berlin ist Mieterinnenstadt und Mieterstadt - Bauen, Bauen, Bauen ist keine Lösung, sondern ist am Bedarf vorbei gebaut

- Ressourcenschonung durch Umwidmung von nicht genutzten schon vorhandenen Flächen zu Wohnzwecken (Büro's, Malls etc.)
- alle (Bau-)Genehmigungen werden vorerst nur unter Vorbehalt erteilt, so dass die Grünflächen, die durch die Bebauung verschwindet zu 100% in/am Gebäude Vorort wieder hergestellt oder in das Gebäude integriert werden
- Verbot von Baugenehmigungen für Eigentumswohnungen (Schlüssel an Eigentum einführen wenn Bedarf an Mietwohnungen gedeckt)
- Die Finanzierung des sozialen Wohnungsbau anhand des Beispiel Singapur auf Machbarkeit überprüfen, dort wurde die Finanzierung in die sozialen Sicherungssysteme eingebaut, also jeder der arbeitet, zahlt neben den üblichen Abgaben (Arbeitslosengeld, Krankenversicherung, Rente) auch in einen Topf für den Sozialwohnungsbau und hat damit auch das Anrecht auf eine Wohnung!!
- -Deckel auf Grundstückspekulation (Bodenpreisdeckel.)
- Gemeinwohlorientierte Baugenossenschaften fördern, die sozialreformerische Ansätze Wohnungsbau fördern (Bsp. großflächigen Siedlungsbau zum Beispiel wie Hufeisensiedlung von Bruno Taut,
- Freiraumplanung mit Grünflächen, große Innenhöfe, die nicht als Parkplätze missbraucht werden

# Wahlprogramm MIETERPARTEI

## Weil Ein Zuhause Mehr Ist



- Förderung der Gründung von Baugenossenschaften (Diese e.G.) sowie Unterstützung des Modells Mietshäusersyndikat ( nicht-kommerziell organisierte Beteiligungsgesellschaft zum gemeinschaftlichen Erwerb von Häusern, die in Kollektiveigentum überführt werden, um langfristig bezahlbare Wohnungen und Raum für Initiativen zu schaffen
- Keine nachträglichen Baugenehmigungen erteilen, wenn die schon vorhandenen Bautätigkeiten ausgeführt sind
- Baugenehmigungen nur auf landeseigenem Grund und Boden realisieren und nur über Erbbaupacht vergeben
- Baugenehmigungen im Flächennutzungsplan (FNP) ist der vorbereitende Bauleitplan in Berlin und wird vom Parlament beschlossen) nur für Mehrgeschosswohnungsbau (mindestens 3 Wohneinheiten statt Einfamilienhäuser)
- Der Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg (LEP HR) vorwiegend für Zuzügler nutzen um Bestandsschutz der Mieterinnen und Mieter in Berlin zu gewährleisten)
- Überbauung von Einzelhandelseinrichtungen für Wohnzwecke



Mieterinnenkampf der Initiative IGHab und Neuen Heimat Mitte in der Habersaathstraße in Berlin,

### Landeseigene Wohnungen

- Bestände der städtischen Wohnungsbaugesellschaften sowie Gebäude des sozialen Wohnungsbaus wieder in die Gemeinnützigkeit überführen (Überführung in eine genossenschaftliche oder kommunale Gemeinnützige Anstalt öffentlichen Rechts)
- Reguläre Teilhabe von Menschen ohne Obdach, mit und ohne Migrations- und Fluchtgeschichte in den Berliner Wohnungsmarkt
- Kommunale Wohnungen auch für Menschen ohne WBS (Wohnberechtigungsschein) (Bsp. in Potsdam (<https://www.potsdam.de/fragen-und-antworten-zum-wohnberechtigungschein>) gibt es WBSPlus, der für Haushalte bestimmt ist, deren Einkünfte bis zu 20 Prozent über der Einkommensgrenze des normalen WBS liegen. Damit können auch berufstätige Menschen mit mittlerem Einkommen einen Wohnberechtigungsschein beantragen). Damit werden Berliner Landeswohnungsunternehmen (LWU) nicht zum Sozialghettos

# Wahlprogramm MIETERPARTEI

## Weil Ein Zuhause Mehr Ist



- Modulare Unterkünfte MUF – Containerbauten der LWU sozial mischen, falls diese in den „Studenten“-Wohnungsmarkt überführt werden (vorwiegende Nutzung siehe <https://de.wikipedia.org/wiki/Containergeb%C3%A4ude#Beispiele>)
- Kommunale Vorkaufsrecht nutzen um Bestandsmieterinnen und Bestandsmieter zu schützen, bis mindestens 51% des Wohnungsbestandes in Berlin in gemeinnützige landeseigene Strukturen überführt sind
- Konzept zur „Transparenten Liegenschaftspolitik“ erneuern – Liegenschaftskataster optimieren

### Soziales

- Selbstverwaltete Wohn- und Seniorenprojekte, Freiräume und Jugendzentren erhalten und fördern
- Dauernutzungsverträge für Freiräume (Safe Places) für Wagenburgenplätze (Köpi, Lohmühle etc.) & Schaffung weiterer Plätze
- Legalisierung für Instand-besetzte Häuser – Keine Repressalien und vor Übernahme schützen
- Konsequente Umsetzung von Infektionsschutzmaßnahmen gemäß Infektionsschutzgesetz (Nase mit bedecken), keine Aufmerksamkeitsheischenden Lockerungen, keine Schulöffnung ohne geimpfte Lehrerinnen, keine Kitas ohne geimpfte Erzieherinnen, keine Öffnung der ersten Bustür ohne geimpfte Fahrerinnen, keine Lockerung auf unbestimmte Antikörpergehalte nach Genesung – nur nach Test oder Impfung
- Umwandlung stillgelegter Krankenhäuser in Gesundheitszentren

### Obdach- und Wohnungslosigkeit

- Beschlagnahmung privater Wohnungen nach §§ 17, 16 ASOG“ zur Verhinderung einer drohenden Obdachlosigkeit
- Modellprojekte schaffen für die wie Nutzung der leerstehenden Häuser (Bsp. 106 Wohnungen in der Habersaathstraße 40 – 48, Berlin Mitte)
- Regelsatz der Sozialhilfe muss in den höheren Bedarf angepasst werden. Zugriffe auf den Regelsatz müssen ausgeschlossen werden. (Caritas und Paritätische Wohlfahrtsverband haben vorgerechnet das der Sozialhilfesatz um wenigstens 150,00 Euro zu niedrig ist.)



# Wahlprogramm MIETERPARTEI

## Weil Ein Zuhause Mehr Ist



- Wohnungslose Menschen die getrennte Eltern sind, müssen mit ihrem Umgangsrecht (- pflicht) jederzeit dem Kindeswohl gerecht werden können
- Keine Diskriminierung von Wohnungs- und Obdachlosen Menschen durch Behandlungsunterschiede, das bedeutet auch eine vollständige Genesung in Krankenhäusern und nicht nur eine Akutversorgung, sondern auch Behandlung von chronischen Erkrankungen
- Bedarfsgerechte sozialpsychologische Betreuen von Wohnungs- und Obdachlosen Menschen und aus der Haft entlassenen zur Integration angeboten werden

### Reduzierung der Hotelbetriebe und Übernachtungen in der Berliner Innenstadt, das Unwesen der Ferienwohnungen beenden

- Schluss mit der Ballermannisierung und Disneysierung Berlins, das ist eine falsche Tourismuspolitik
- kein weiterer Billig- und Sauf tourismus a la Mallorca nach Berlin.
- Stadtentwicklungsplan für Hotel/Übernachtung (StEP Hotels) schaffen
- kein weiterer Ausbau der Hotelkapazitäten in der Berliner Innenstadt
- Rückbau von Hotels in der Innenstadt in reinen Wohngebieten.
- Alle Hostelbetriebe raus aus der Innenstadt (> Peripherie, Speck Gürtel).
- „Ferienwohnungen abschalten“: zeitlich befristete Vermietung nur noch für Selbstnutzer erlauben, die nur in der Wohnung, die sie als Hauptwohnsitz / Lebensmittelpunkt in Berlin unterhalten
- **Kulturförderabgabe** (Bsp. Köln) in Höhe von 5 % auf den Übernachtungspreises zusätzlich zur Übernachtungssteuer (City Tax 5 Prozent des Netto-Übernachtungspreises für private Übernachtungen) einführen



# Wahlprogramm MIETERPARTEI

## Weil Ein Zuhause Mehr Ist



### Stadtentwicklung: Infrastruktur, Grün- und Verkehr

**Ausbau / Erhalt / Ausgleich von Grün-/Frei-/Erholungsflächen hat höchste Priorität in einer sich nachverdichteten Stadt im Angesicht der Klimatischen Veränderungen**

#### **WIR FORDERN DAHER:**

- Stopp der Versiegelung des Bodens
- Schrittweise die Voraussetzungen für eine Auto-freie Stadt schaffen
- Dauerkleingartenvertrag sowie ein Dauergrünflächenvertrag angelehnt an den Dauerwaldvertrag zum Erhalt der Kleingärten, Grünflächen und Kaltluftschneisen, welche in Flächennutzungspläne eingepflegt werden müssen um das Stadtklima zu verbessern
- Keine Bebauung des Tempelhofer Feldes sowie kein Abriss des Jahnportparks (Mauerpark)
- Stopp der A-100-Pläne – **Aufhebung des Planfeststellungsbeschlusses für den 16-ten Bauabschnitt der A 100**
- Keine TVO (Tangentiale Verbindung Ost) – Rettung von 14,6 ha Berliner Eichenwald in der Wuhlheide
- Keine Verlängerung der U5 vom Hauptbahnhof bis U-Bahnhaltestelle Torstraße, da dort bereits ein Straßenbahn lang gebaut wird
- Getrennte Ampelvorangschaltung für 1) Fußgänger & 2) für Fahrräder , dann 3) für KFZ
- Setzung/Installation großer, blendungsfreier Spiegel an allen Ampelbereichen in denen Radfahrerinnen von LKW- und PKW-Fahrerinnen „übersehen“/überfahren wurden , die Radfahrerinnen können nicht auf das eventuelle Handeln eines irgendwann zukünftigen Verkehrsministers warten



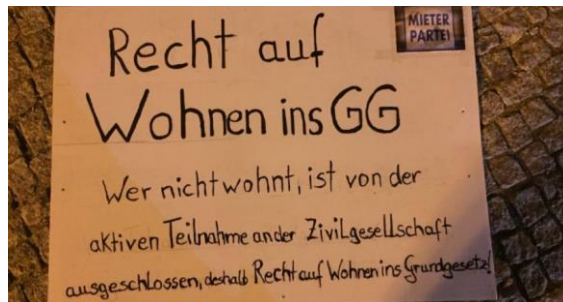
Stare nach Einschuss der Einfluglöcher mit Bauschaum gerettet (<https://youtu.be/Y6DU1kJmHzo>)

# Wahlprogramm MIETERPARTEI

## Weil Ein Zuhause Mehr Ist



- Verbot von Wärmeverbundsystemen aus Styropor (wegen der Brandgefahr) sowie von Austausch von Holzkastendoppelfenster (erhaltenswerte Baukultur) durch Kunststofffenster; sie sind als Erdölprodukt umweltschädlich, erhöhen die Brandlast und haben ein Entsorgungsproblem! – Modelprojekte zur Überprüfung
- Gemeinschaftsgärten als soziale Begegnungs- und Integrationsräume in allen Bezirken/Kiezen aufbauen
- Rückzugsräume von Tieren und Insekten schützen, Abholzung stoppen, mehr Straßenbäume gegen die Stadterwärmung und zur Verbesserung des Stadtklimas pflanzen



# Wahlprogramm MIETERPARTEI

## Weil Ein Zuhause Mehr Ist



### Stadtentwicklung: Infrastruktur, Grün- und Verkehr

**Ausbau / Erhalt / Ausgleich Grün-/Frei-/Erholungsflächen hat höchste Priorität in einer so nachverdichteten Stadt**

#### **WIR FORDERN DAHER:**

- Kein weiterer U-Bahn-Ausbau, keine Seilbahnprojekte für Berlin, da es nur sinnlose Projekte von Spektakel-Mache sind und für den Massenverkehr ungeeignet ist. Das Geld wird für den dringend nötigen Wohnungsbau gebraucht.
- Stattdessen ein Pilotprojekt einer kostengünstigen Curitiba-Linie<sup>1</sup> (Leicht U-Bahn nach Curitiba-Modell von Spandau aus auf die Heerstraße sowie als Vergleichsstrecke mit O-Bus z. Bsp. von Spandau nach Hennigsdorf (alte Benzolbahnstrecke))
- Vorfahrt für alle öffentlichen Verkehrsmittel aber kürzere Taktung, sinnvolle Ampelschaltung für Bus- und Fußgängerinnen, Begleithilfen für ältere (Tragehilfen etc.)
- 365 € Jahresticket installieren für Berlinerinnen, Touristen zahlen Beförderungspauschale in Hotel extra
- Gründung eines Nationalparks Nord Berlin und Angrenzend Land Brandenburg zum Erhalt der einzigartigen, nur dort existierenden Spiralhornbiene
- Berliner Moore vor der Austrocknung schützen (bindet am meisten CO<sub>2</sub>)
- Pilotprojekt für einem den Klimatischen Änderungen angepassten gerechten Baumbestand mit Flaumeiche, Zerreiche, Korkeiche, Götterbaum, Blauschotenbaum (siehe Rheinland Pfalz)
- Jährliche Schotterabgabe auf Schottergärten

# Wahlprogramm MIETERPARTEI

## Weil Ein Zuhause Mehr Ist



- Pilotprojekt für einen den Klimatischen Änderungen angepassten gerechten Baumbestand mit Flaumeiche, Zerreiche, Korkeiche, Götterbaum, Blauschotenbaum (bessere Trockenheitsresistenz) (siehe Rheinland Pfalz),
- Keine Modernisierung des Jansportparks durch Baumfällungen und Abriss, kein Missbrauch als neue Event-Arena (Gebiet um den Jansportpark ist laut Umweltatlas 2015 der Berliner Senatsverwaltung für Umwelt als hoch vulnerabel („verletzlich“) eingestuft, deshalb Erhalt des kühlenden Luftstrom, Intelligenter Umbau statt sinnloser Abriss, Ressourcen nutzen statt Klima zerstören, Erhalt der offenen Naturwiese, Baumbestand & Grünflächen
- Prinzessinnengärten als Stadtgärten als öffentliche Parkanlage sichern & weiterführen



Mauerpark in Pankow im Sommer  
Foto @Bräunlich

Quelle 1: Curitiba, ist eine Stadt in Brasilien, die für ein effizientes öffentliches Transportsystem und eine nachhaltige Stadtentwicklung seit den 1970er-Jahren international bekannt. <https://www.aufuhr-magazin.de/klimaschutz/curitiba-der-stern-brasiliens/>, [https://de.wikipedia.org/wiki/Metr%C3%B4\\_de\\_Curitiba](https://de.wikipedia.org/wiki/Metr%C3%B4_de_Curitiba)

# Wahlprogramm MIETERPARTEI

## Weil Ein Zuhause Mehr Ist



### Stärkung von Bürgerbeteiligung und Verwaltungen

- Quartiersmanagement in Allen Bezirken mit rotierender Besetzung (für Transparenz von Bebauungen, Abwendungsvereinbarungen, Planungen im Bezirk und Transparenz), Schaffung von Ombudsbeauftragten und Korruptionsbeauftragten in allen Quartieren
- Fachbeirat der Anstalt Öffentlichen Rechts (AÖR) aufwerten zu Gesamt-Fachbeirat für alle Themen (nicht nur der Berliner Landeswohnungsunternehmen (LWU))
- Transparenz beim Wohnraumförderfonds: keine Geheimverträge, sondern diese an den Landes-Fachbeirat anbinden.
- wohnungs- und baupolitische Beiräte mit Zivilgesellschaftlichen Vertretern in jedem Bezirk, z.B. insbesondere um für konkrete Objekte für das Kommunale Vorkaufsrecht auszusprechen.
- Mieterräte und Beiräte nicht nur bei LWU sondern in allen Quartiersmanagements einbinden um für alle Mieterinnen und Mieter im Kiez ansprechbar zu sein

### **Reformen der politischen Strukturen auf Bezirks- und Senatsebene in Berlin**

- Nebeneinkünfte von Abgeordneten/Parlamentariern müssen auf Abgeordnetenbezüge mit angerechnet werden, wie Kindergeld auf Harz IV
- Direktwahl Bezirksstadträte und Senatoren
- Doppelt so viele Bürgervertreterinnen wie BVV-Leute in den BVV-Ausschüssen

# Wahlprogramm MIETERPARTEI

## Weil Ein Zuhause Mehr Ist



### Bürgerbeteiligung / Verwaltungen

- Sofortige Erhöhung der Zahl der BVV-Verordneten gemäß Einwohnerzahl (75 bis 91 statt 55).
- Bürgervertreterinnen zum Beispiel über Losverfahren in die Fach-Ausschüsse im Abgeordnetenhaus (Rotationsprinzip) bestimmen
- Erhöhung der Zahl von Bezirksamtsmitgliederinnen von berlinweit einheitlich 5 auf sieben für die kleineren Bezirke und 9 für die größere Bezirke
- Ein Ombudsbeauftragten zur Bekämpfung bezirkliche Korruption
- Anstatt der Polizeistation am Kottbusser Tor, sollte ein Beschwerdestelle für anonyme Einsprüche von Polizeigewalt und Verwaltungswillkür entstehen



Konferenz der Kleinen Parteien 2018

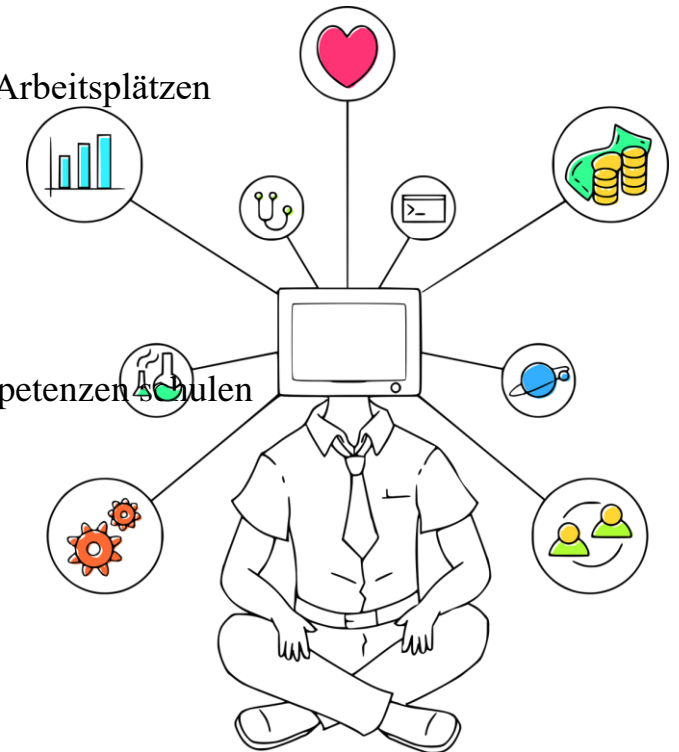
# Wahlprogramm MIETERPARTEI

## Weil Ein Zuhause Mehr Ist



### Arbeit und Soziales

- Sachgrundlose und Kettenbefristungen eindämmen
- Tarifgebundene Arbeitsplätze in Landeseigenen Wohnungsunternehmen statt Outsourcing von Arbeitsplätzen
- Wertschätzung der Arbeit durch gutbezahlte Tarifarbeitsverträge in allen Branchen
- Abschaffung der MAE Maßnahmen (1,50 Euro Jobs)
- Einführung eines gemeinnützigen Beschäftigungssektors durch Tarifentgelt
- Arbeitsvermittlung in den Jobcentern verbessern und Mitarbeiter auf soziale und fachliche Kompetenzen ausbilden
- Erhöhung des Etas für die Aus und Weiterbildung
- Keine Geldverschwendung für sinnlose Maßnahmen
- Recht auf Weiterbildung
- Regelsatz der Grundsicherung um 150 Euro erhöhen
- Wöchentliche Arbeitszeit auf max. 30 bis 35 Stunden bei vollem Lohnausgleich begrenzen
- Langzeitarbeitslosigkeit reduzieren





# Wahlprogramm MIETERPARTEI

## Weil Ein Zuhause Mehr Ist



- **Inklusion verbessern:**

- mehr verfügbare Information und bessere Aufklärung über Ansprüche und Rechte
- Barrierefreiheit und Antidiskriminierung praktisch umsetzen
- Barrierefreiheit als Grundvoraussetzung für gleichberechtigten Zugang zur selbstbestimmten gesellschaftlichen Teilhabe, damit sich alle Menschen in allen Lebensbereichen ohne Hindernisse bewegen können (Vorbild : Österreich und Großbritannien)
- Barrierefreiheit muss einheitlich sein um gleichwertige Lebensverhältnisse herzustellen
- Unternehmen und Privatwirtschaft zur Barrierefreiheit verpflichtet wie zum Beispiel Einzelhandel aber auch öffentliche Verkehrsmittel und Freizeiteinrichtung
- Anti Mobbing Beauftragte in Unternehmen und Firmen
- faire Bezahlungen durch Tarifentgelt in den Behindertenwerkstätten
- Schulung und Sensibilisierung von Führungskräftigen (Mobbing vorbeugen)
- Vergünstigungen in verschiedenen Freizeiteinrichtungen ( Kino, VHS, Schwimmbäder, Sportvereine) für soziale Teilhabe



# Wahlprogramm MIETERPARTEI

## Weil Ein Zuhause Mehr Ist



### Bildung / Teilhabe

**Bildungs- und Kulturangebote bedeuten nicht nur mehr Lebensqualität für den einzelnen Menschen , sondern stärken auch den sozialen Zusammenhalt vor Ort.**

- Privatisierung von Schulen und Kita´s stoppen
- 24-Stunden Kita´s schaffen
- Wer als Kind in der Schule gescheitert ist braucht als Erwachsener weitere Chancen
- Lebensbegleitendes Lernen stärken – Volkshochschulen, Bibliotheken, Familienzentren etc.
- Finanzielle Förderung von Volkshochschulen erhöhen zur Kurs-Gebührensenkung & Programmausbau
- Zusammenarbeit von Volkshochschulen und Schulen/Kitas in sozial benachteiligten Quartieren (kostenlose Kurse und Bildungspartnerschaften)
- Als öffentliche Bildungsstätten können Volkshochschulen auch für einkommensschwache Bürgerinnen erschwingliche Bildungsangebote gemacht werden
- Gebühren für Erwachsenenbildung senken
- Integrierendes Bildungswesen stärken, das nicht aussortiert, sondern das gemeinsames Lernen einer vielfältigen Schülerschaft von der Kita über die Grundschule hinaus bis zum Schulabschluss fördert
- Gezielte Bildungs-, Nachbarschafts und Kulturangebote stärken sowie die Schaffung einer Infrastruktur sozialer Angebote
- Gemeinschaftsschulen schaffen



# Wahlprogramm MIETERPARTEI

## Weil Ein Zuhause Mehr Ist



- Mehr Personal in den Schulen und Einrichtungen( Lehrer; Erzieher, Sozialpädagogen)
- Studien und Ausbildungsplätze im Bildungswesen erhöhen:
- 3000 Lehrkräfte werden jährlich benötigt, 900 verlassen pro Jahr die Berliner Unis
- genauso düster sieht es bei Erziehern und Sozialarbeitern aus
- Bezahlung von Personal im gesamten Bildungswesen verbessern
- Verbeamtung von Lehrkräften
- kleinere Klassen und Gruppen in Schulen und Kitas
- Wiedereinführung der Vorschule ab dem 5. Lebensjahr
- Verteilung der Kinder auf Bildungseinrichtungen nahe dem Elternhaus eine unabhängige und gut ausgestattete Beratungs- und Beschwerdestelle, um Diskriminierung an Schulen wirksam zu bekämpfen und schulische Teilhabe und echte Inklusion zu ermöglichen spezielle, individuelle Förderung gezielter Schülergruppen um weniger Schulabbrecher zu erreichen und die Zahlen der Schüler ohne Abschluss zu reduzieren
- längeres gemeinsames Lernen ermöglichen
- Fächer wie Informatik und Hauswirtschaft als Pflichtfach einführen
- Mehr Fremdsprachenunterricht anbieten und fördern
- Schwimmunterricht in der 2. und 3. Klasse einführen



# Wahlprogramm MIETERPARTEI

## Weil Ein Zuhause Mehr Ist



- digitale Infrastruktur im Bildungswesen verbessern
- auf Bildungsprozesse und gesellschaftliche Teilhabe setzten Bildung als Infrastruktur nachfrageorientiert zur Verfügung stellen (alle Zugangsbarrieren und Übergangsquoten aufheben und die Kapazitäten den Bedarf anpassen):
- Inhalte von Bildung würden sich radikal verändern
- Durch den Wegfall von Zertifizierungszwanges würden Prüfungen an vielen Stellen wegfallen und sich als überflüssig erweisen und Lehrer / Dozenten von überflüssigen Kontroll und Verwaltungsaufgaben entlasten. Dadurch entsteht mehr Zeit für die Vermittlung neuen Unterrichtsstoffes.
- Bürokratie einsparen um vorhandene Ressourcen sinnvoller einzusetzen
- **Neoliberalismus in der Bildungspolitik abschaffen:**
  - Entbürokratisierung der Hochschulen
  - grundlegende Rahmenbedingen für vernünftige Ganztagschulen schaffen
  - (Räume, Küchen, Betreuungspersonal)
  - alle Bildungseinrichtungen modern und zukunftsorientiert gestalten
  - kleinere Gruppen in Hörsäle bei Unis
  - Schul und Studienzeitenverkürzungen rückgängig machen um Leistungs und Leidensdruck abzubauen

# Wahlprogramm MIETERPARTEI

## Weil Ein Zuhause Mehr Ist



### Gesundheitswesen

- Privatisierung und Schließungen von Krankenhäusern stoppen

#### **Leerstehende Krankenhäuser in Gesundheitszentren umwandeln**

- **kostenlosen Zugang zu allen Angeboten für die Bevölkerung**
  - angeboten werden Ernährungsberatung mit Kochkursen zu gesundem Essen (dafür werden Lehrküchen eingerichtet, die auch Schulen und Kitas offenstehen), Sportkurse, Aquafitness, Sauna, Kneippbecken und Kneippsche Anwendungen durch fest angestellte Ernährungs- und Gesundheitsberater, Physiotherapeuten, Fitnesstrainer, Yogalehrer usw.
  - die Zentren stehen auch offen für Gruppen, die sich mit Thema Gesundheit, Ernährung und Bewegung beschäftigen, die hier kostenlos Räume für ihre Treffen zur Verfügung gestellt bekommen  
(finanziert werden die Zentren durch den Bund (verantwortlich für die Gebäude und die Betriebskosten wie Strom, Wasser, Hausmeister u.ä.) und die Krankenkassen (**hier wird ein Fonds eingerichtet, in den jede Krankenkasse einen bestimmten Betrag pro Versicherten einahlt wie es schon für die Selbsthilfe und Innovationen gemacht wird**); über den Fonds der Krankenkassen werden die dort selbstverständlich fest angestellten Mitarbeiter der Zentren finanziert,
  - die Nutzung ist für die Bevölkerung grundsätzlich kostenlos, d.h. die Nutzung ist auch ohne Antragstellung bei den Krankenkassen möglich; über das Solidarprinzip werden die Besserverdienenden gebeten, sich mit geringem Obulus zu beteiligen (z.B. 2-3 Euro für Kurse, Sauna, Aquafitness), ist aber kein Muss und keine Verpflichtung
- **Mehr Personal in der Pflege einstellen**



# Wahlprogramm MIETERPARTEI

## Weil Ein Zuhause Mehr Ist



- Bezahlung durch Tarifarbeitsverträge verbessern und anheben
- Verbesserung der Arbeitsbedingungen
- Dezentralisierung der Verwaltung um das System durchschaubarer, bedarfsnäher und demokratischer zu machen. Vertretung durch Patienten, Angehörige, Ärzte, Pflegern sowie Wissenschaft und Finanzaufsicht aber nicht durch Industrie und medizinischen Einrichtungen
- Kollektive Gesundheitsversorgung ( Prävention, kurative Medizin und Pflege) muss allen Bürgern den bestehenden medizinischen, technischen und wissenschaftlichen Standards zur Verfügung stehen
- Infrastruktur für Prävention, durch lokale/kommunale Initiativen organisiert, muss Einfluss auf Planungen und Gesetze einer Gesundheits-Verträglichkeits- Prüfung haben
- Kosten-Nutzen-Verhältnis überdenken (Monopolwirtschaft)
- Einführung von Evaluationsverfahren ( evidence based medicine) für mehr Transparenz und der öffentlichen Kontrollierbarkeit im Gesundheitswesen
  - Einrichtung eines regional/ kommunal dezentralisierten Systems von Gesundheitszentren, die nicht nur die Aufgabe der medizinischen Versorgung und Pflege, sondern auch von Sozialstationen übernehmen
- Ansätze für eine demokratische Selbstverwaltung unter Beteiligung aller zu realisieren ( bessere Bedingungen für Ausstattung, Kompetenzen und Finanzen)
- neues Abrechnungs und Vergütungssystem für Leistungsentgelte und Budgets unter Berücksichtigung der lokalen, sozialen und ökonomischen Rahmenbedingen
  - Mittelverteilung nach Pro Kopf Pauschalen damit Gesundheitseinrichtungen alle Patienten behandeln können ohne Risikoselektion
- Vertretung von unabhängigen Experten in den Leistungsgremien der zentralen Versorgungszentren

# Wahlprogramm MIETERPARTEI

## Weil Ein Zuhause Mehr Ist



### Trotz der Bundesebene sollen über Bundesratsinitiativen folgende Forderungen vorangetrieben werden

- Recht auf Wohnen sowie auf Nachbarschaft gehört im Grundgesetz verankert
- Reform des sozialen Wohnungsbaus durch dauerhafte Sozialbindung (2020 sind 41.000 Wohnungen aus der Sozial-Bindung gefallen und nur 26.000 neue Sozialwohnungen wurden geschaffen – Quelle IG Bau)
- Ein für alle transparentes Immobilienregister mit der Registrierung von natürlichen wirtschaftlich verantwortlichen Personen muss & kann Briefkastenfirmen, Geldwäschegeschäften und Sharedeals und damit der Steuervermeidung unterbunden werden gemäß der Grundlage der EU-Geldwäsche-Richtlinie (<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32018L0843&from=DE>)
- Ersatzlose Streichung des §559 (Modernisierungsparagraf) und damit Wegfall der Modernisierungsumlage als versteckte Mieterhöhung – Recht auf Wirtschaftlichkeit steht nicht nur den Vermieterinnen, sondern auch den Mieterinnen zu (Preiswerten Wohnraum erhalten statt WEG-modernisieren)
- Schluss mit dem ökologischen Betrug der Energieeinsparverordnung (EnEV) durch Styropor/Polystyrol & wenig Schalldämmenden Kunststofffenstern, der zu teuren Wohnungen ohne Gegenwert führt (die zum Bsp. bei neuen „Plastefenstern der Instandhaltungsaufwand durch Mieterhöhung ersetzt wird.)
- Umfassende Reform des Energieeinspeisegesetz (EEG) sowie des Berliner Klimagesetzes für mehr Klimagerechtigkeit
- Staatsbürgerschaftsrecht ändern, Abstammungsprinzip ändern, Bodenrecht für Staatsbürgerschaft einfügen
- Stopp von Verwertungskündigungen
- Kappung der Bauförderung für Häuslebauer

# Wahlprogramm MIETERPARTEI

## Weil Ein Zuhause Mehr Ist



- Keine Anrechnung von Kinder-, Eltern-, Pflegegeld, Alimenten, Kindergeldersatzleistungen, Leistungen des Teilhabepackets & selbstbewohnten Wohneigentum auf Harz IV
- Berechnung des staatlichen Kindergeldersatz nach Einkommen des Kindesvaters, wenn dieses über dem Mindestkindergeldersatz liegt sowie Einzug vom Finanzamt über den Steuerbescheid (Besserstellungsgebot fürs Kind)
- Mindestens Mindestlohn für Behinderten-Arbeitsplätze
- Keine Kürzungen bei Bedarfsgemeinschaften/zusammenlebenden Menschen auf Harz IV-Leistungen
- Bafög auf Grundsicherung um reale Mietkosten zu decken
- Schaffung eines Ausgleichsfaktors für Rentnerinnen von Geringverdienerinnen um Rentnerinnen aus der sozialen Hilfe zu bekommen – Übernahme des Österreichischen Renten-Modells 70 % des Letzen Gehaltes
- Trotz vielfältiger Bedrohungen von Eigentümerinnen durch Mietnomaden (Vorsicht Ironie!), darf keine Räumung ohne gesetzlich verankerte Stellung von Ersatzwohnraum stattfinden
- Nach 45 Jahren muss mindestens eine Rente oberhalb vom Existenzminimum (Harz IV/ Existenzsicherung im Alter) herauskommen – das bedeutet die Anhebung des Mindestlohnes





# Wahlprogramm MIETERPARTEI

## Weil Ein Zuhause Mehr Ist



### Sonstiges

- Existenzielle Grundbedürfnisse nie wieder dem Markt alleine überlassen (Wasser, Wohnen, Energie, Bildung, Infrastruktur)
- Verstärkter Wohnungsbau auf ein menschliches Maß, keine weiteren Hochhäuser, Frankfurt gibt es schon
- Keine auf Rendite von Aktien basierte Rente
- Privatisierung von Krankenhäusern stoppen
- Privatisierung der S-Bahn stoppen
- Rekommunalisierung der Energieversorgung vorantreiben
- Fraktionszwang abschaffen
- Machbarkeit des Modell des Grundeinkommens für Alle Überprüfen (Pro und Contra)
- Entwürdigung durch Grundsicherung beenden (Sanktionen abschaffen)
- ABM-Stellen in reguläre Arbeitsverhältnisse mit Mindestlohn umwandeln
- Digitalisierung in allen Bereichen stärken
- Keine Abschaltung von UKW Frequenzen (Ältere Menschen respektieren und warum 120 mio. Radios in Schrott verwandeln)
- Toiletten an allen Endhaltestellen der BVG für deren Fahrerinnen
- Recht auf Funklöcher



Mietenwahnsinndemo 2019 mit ca. 40.000 Menschen